

IFAW Internationaler Tierschutz-Fonds gGmbH • Kattrepelsbrücke 1 • 20095 Hamburg

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin



for a living planet®



in Kopie an:

- Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner
- Bundesminister für Umweltschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen
- die Abgeordneten der CDU / CSU Fraktion des Bundestages
- die Abgeordneten der FDP Fraktion des Bundestages



12. Mai 2010

Betrifft: Kompromissvorschlag zur Zukunft der Internationalen Walfangkommission IWC (Dokument IWC 62-7/rev)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Frau Parteivorsitzende,

im Rahmen der derzeitigen Beratungen über die Zukunft der Internationalen Walfangkommission (IWC) hat eine Beratungsgruppe mit Delegierten aus 12 Ländern, darunter Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), einen Kompromissvorschlag erarbeitet, der die Interessen der IWC-Mitgliedsstaaten zusammenführen soll. Deutschland hat hier sehr aktiv, aber leider wenig erfolgreich mitgearbeitet, denn der entstandene Vorschlag ermöglicht weder einen dauerhaften Schutz der weltweiten Walbestände noch ebnet er der IWC den Weg in die Zukunft. Nach Auffassung aller unterzeichnenden Verbände würde die Annahme des aktuellen Vorschlags der IWC den weltweiten Walschutz um Jahre zurückwerfen. Der Vorschlag steht außerdem in Widerspruch zu den Beschlüssen des Deutschen Bundestages und der Positionierung der EU zum Walschutz.



Aus unserer Sicht ist der Vorschlag in mehreren Punkten inakzeptabel:

- Das **Moratorium für den kommerziellen Walfang von 1986** wird *de facto* **aufgehoben** und kommerzielle Fangquoten werden wieder vergeben. Im Falle von Island und Norwegen würden die vorgesehenen Quoten sogar höher sein als die durchschnittlichen Fänge der vergangenen fünf Jahre.
- Die **aktuellen Probleme der IWC** (u.a. juristische Schlupflöcher wie formelle Vorbehalte und Einsprüche, Walfang unter dem Deckmantel der „Wissenschaft“, fehlende Sanktionsmöglichkeiten) **bleiben ungelöst** und somit eine Option für Vertragsstaaten, davon weiterhin Gebrauch zu machen.
- Ein **schrittweiser Ausstieg aus dem kommerziellen Walfang** ist im vorliegenden Vorschlag **nicht vorgesehen**.
- Es sind sogar **Quoten im antarktischen Walschutzgebiet** vorgesehen, womit dieses 1994 eingerichtete Schutzgebiet offiziell für den kommerziellen Walfang geöffnet würde.
- **Der internationale Handel mit Walfleisch und Walfleischprodukten könnte erlaubt werden.** Alle Großwalarten sind derzeit im Anhang I von CITES gelistet. Da das Primat der IWC gilt, könnte CITES nach Einführung von Quoten für Großwalarten auch den Handel partiell freigeben. Dagegen befindet sich der im Text enthaltene Artikel, der den Verbrauch des anfallenden Walfleisches im vorgesehenen Zehnjahreszeitraum auf den heimischen Markt beschränkt, in eckigen Klammern. Dieser geklammerte Artikel sollte unseres Erachtens angenommen werden.
- Es sollen mit dem Seiwal und dem Finnwal nach den Kriterien der Weltnaturschutzunion IUCN bedrohte Walarten in größerem Umfang bejagt werden können.
- Die drei aktiven Walfangländer werden für die fortgesetzten Provokationen der Vergangenheit belohnt, indem die Regeln in ihrem Sinne verändert werden.

Der Vorschlag enthält allerdings auch Elemente, die wir begrüßen:

- **Bestrebungen, die IWC zu modernisieren** und Schutzaspekte eine größere Rolle spielen zu lassen. Dies begrüßen wir ausdrücklich, weisen jedoch darauf hin, dass ohne Sanktionsmöglichkeiten jegliche Absprachen der IWC unverbindlich bleiben.
- **Die Anerkennung nicht-tödlicher Nutzungsformen und des Wertes von Walen** z.B. für Walsafaris und die dazugehörige Wissenschaft als Bewirtschaftungsoption für Küstenstaaten sowie andere Schutz- und Bewirtschaftungsaspekte dieser Nutzungsform.
- ein begrenztes **Rederecht für Verbände.**
- ein **südatlantisches Schutzgebiet.**

WSPA



Rettet den Regenwald e.V.



Dennoch überwiegen in dem vorliegenden Text Bestimmungen, deren Annahme den weltweiten Walschutz massiv bedrohen würde:

- Ohne größere Gegenleistung werden sowohl das Walfangverbot als auch der Schutzstatus eines von der IWC eingerichteten Walschutzgebietes geopfert.
- Die Quoten werden willkürlich und ohne wissenschaftliche Begleitung festgelegt.
- Norwegen etwa würde eine Quote von 600 Zwergwalen zugestanden. Damit könnte Norwegen künftig mit offizieller Absegnung der IWC nicht weniger, sondern mehr Wale töten werden, als es in den letzten zehn Jahren mit 556 Tieren durchschnittlich der Fall war!
- Es wäre über die Zehnjahresperiode hinaus weiterhin Walfang unter dem Deckmantel der Wissenschaft möglich, wie ihn die Japaner unter Missachtung des Walfangmoratoriums seit Jahren praktizieren.
- Die Annahme des Vorschlages würde einer Lockerung des internationalen Handelsverbotes für Walfleisch durch das *Washingtoner Artenschutzübereinkommen* (CITES) den Weg ebnen: Nach CITES-Resolution Conf. 11.4 (Rev. CoP12) soll dieses Handelsverbot solange gelten, solange die IWC keine kommerziellen Fangquoten erteilt.
- Autorisiert die IWC Fangquoten für zehn Jahre, würde dies Islands Pro-Walfang-Position bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU stärken.

Aus Deutschland kommen besonders widersprüchliche Signale: Zum einen erklärte der Bundestag am 22. April 2010, dass ein EU-Beitritt Islands mit einer Aufgabe des Walfangs verbunden sein muss, zum anderen unterstützt die Bundesregierung einen IWC-Kompromiss, der in Island den Fang von je 80 Finn- und Zwergwalen jährlich genehmigen würde.

Der aktuelle Vorschlag widerspricht außerdem dem Bundestagsbeschluss vom 27.3.2007 sowie nach zwei Rechtsgutachten im Auftrag des IFAW und der WDCCS auch der gemeinsamen Position in der EU (s. Anlage).

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, unserer Information nach sind alle Parteien des deutschen Bundestages gegen den Kompromissvorschlag der IWC – mit Ausnahme von Teilen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie dem BMELV. **Es liegt nun in Ihrer Hand sowohl als Bundeskanzlerin als auch als CDU-Parteivorsitzende, ob Deutschland in den IWC-Verhandlungen an seinem gefährlichen Kurs festhält.** Die Bevölkerung in Deutschland steht nahezu geschlossen hinter der Beibehaltung und Einhaltung des kommerziellen Walfangverbotes und hat mit Sicherheit kein Verständnis, dass kommerzieller Walfang nun mit der Mitarbeit und Zustimmung Deutschlands legitimiert und legalisiert werden soll.



Im Namen der unterzeichnenden Verbände und ihrer Mitglieder bitten wir Sie daher eindringlich, dass Deutschland sich innerhalb der IWC und der EU gegen den Vorschlag in seiner jetzigen Form stellt und stattdessen einen Alternativvorschlag entwickelt, der ein Ende des kommerziellen Walfangs zum Ziel hat und die IWC zu einem modernen, walschutzfokussierten Völkerrechtsinstrument umbaut.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass den Walfangstaaten gegenüber keinerlei Vertrauen in Bezug auf nicht rechtsverbindliche Absichtserklärungen ausgesprochen werden kann. Aktuelles Beispiel ist der Prozess, der in Japan gegen zwei Mitarbeiter von Greenpeace geführt wird. Die japanischen Greenpeace-Aktivisten wurden nach dem Aufdecken des größten Skandals der japanischen Walfanggeschichte verhaftet. Sie hatten der Staatsanwaltschaft eine umfangreiche Beweiskette für die Unterschlagung und gewinnbringende Veräußerung von Walfleisch durch Besatzungsmitglieder der japanischen Walfangflotte vorgelegt. Allerdings wurden die Ermittlungen zum Ausmaß des Walfleischskandals nach wenigen Tagen eingestellt und die beiden Walschützer wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs angeklagt. Ihnen droht eine mehrjährige Haftstrafe.

Wir hoffen sehr auf Ihre Unterstützung und wären Ihnen dankbar für eine Antwort, wie Sie sich im Walschutz positionieren wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ralf Sonntag
Direktor des IFAW Deutschland

Gezeichnet für:

Olaf Bandt, Direktor Politik und Kommunikation
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Brigitte Behrens, Geschäftsführerin Greenpeace e.V.

Eberhard Brandes, Vorstand WWF Deutschland

Nicolas Entrup, Geschäftsführer WDCS Deutschland

Ulrich Stöcker, Leiter Naturschutz Deutsche Umwelthilfe e.V.

Dr. Christoph Schmidt, Vorsitzender von Pro Wildlife



euRONATUR



Heike Finke, Mitglied des Präsidiums NABU e.V.

Thomas Schröder, Bundesgeschäftsführer Deutscher Tierschutzbund e.V.

Dr. Onno Groß, 1. Vorsitzender DEEPWAVE. e.V.

Dr. Kurt W. Simons, Vorsitzender Menschen für Tierrechte –
Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Helmut Dungler, Vorstand VIER PFOTEN - Stiftung für Tierschutz

Fabian Ritter, Vorsitzender, President M.E.E.R. e.V.

Reinhard Behrend, Rettet den Regenwald e.V.

Hubert Weinzierl, Deutscher Naturschutzring

Dr. Jörg Styrie, 1. Vorsitzender Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.

Dr. Ralph O. Schill, Verband Deutscher Sporttaucher e.V. (VDST)

Sven Thanheiser, Vorsitzender Tierparkfreunde Hellabrunn e.V.

Denise Wenger (Dipl.-Biol.), GRD-Vorstandsmitglied Gesellschaft zur Rettung der Delphine e.V.

Bettina C. Praetorius, Geschäftsführerin WSPA Welttierschutzgesellschaft e.V.

Roland Witschel, Care for the Wild Deutschland e.V.

Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer Euronatur

Dr. Christof Schenck, Geschäftsführer Zoologische Gesellschaft Frankfurt

Laura Zimprich, Animal Public

Jean-Claude Monachon, Stiftungsratsmitglied Project AWARE Foundation Europe